

Beilage zu Nummer 163 der Volksstimme.

Freitag den 14. Juli 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 14. Juli 1916.

Einführung der Butterkarte.

Der Beirat des Kriegsernährungsamts war am 11. Juli in Berlin im Reichstagsgebäude zu einer Besprechung über eine gleichmäßige Verteilung der Butter-, Fett- und Eigelbstände für das ganze Reich versammelt. Der Beirat sprach sich einstimmig für die Einführung einer Reichsbutterkarte aus. Es dürfte somit bereits in den nächsten Tagen eine Verordnung zu erwarten sein, die die Einführung einer Butter- und Fettkarte für das ganze Reich vorschreibt. Sie soll vom September an für 90 Gramm Butter, Margarine oder Speisefett für jede Person und Woche gelten. Des weiteren befaßte sich der Beirat mit der Frage einer Preiserhöhung für Kartoffeln, die er als notwendig anerkannte. Die Erzeugerpreise für Kartoffeln sollen demnach von 2.85 Mark auf 4 Mark heraufgesetzt werden. Eine Verordnung, die den Verkehr mit Eiern für das ganze Reich einheitlich regelt, dürfte ebenfalls in aller Kürze zu erwarten sein. Es ist in Aussicht genommen, Eierkarten auszugeben, auf die pro Kopf und Woche zwei Eier entfallen.

Einschränkung des Fahrradverkehrs.

Aus der Bekanntmachung über Beschlagnahme und Verhinderung der Fahrradbereifungen sei noch Einiges hervorgehoben. Die Erlaubnis zur weiteren Benutzung der Fahrradbereifungen wird durch besondere Abstempelung der Radfahrkarte durch den Militärbeschlagnahmer oder der von ihm beauftragten Stelle erteilt, und zwar nur solchen Personen, die das Fahrrad in Ermangelung anderer zweckdienlicher Verkehrsmittel benötigen:

1. als Beförderungsmittel zur Arbeitsstelle;
 2. zur Ausübung ihres im allgemeinen Interesse besonders notwendigen Berufes oder Gewerbes;
 3. zur Beförderung von Waren zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes;
 4. infolge ihres körperlichen Zustandes.
- Die Erlaubnis ist in jedem Falle ohne weiteres zu erteilen:

- a) Schüler und Schülerinnen, deren einmaliger Schulweg mehr als 3 Kilometer beträgt und denen die Gelegenheit fehlt, durch andere Verkehrsmittel in zweckmäßiger Weise die Schule zu erreichen;
- b) Personen, insbesondere Arbeiter oder Arbeiterinnen, die von ihrer Wohnung zur Arbeitsstelle einen einmaligen Weg von mindestens 3 Kilometer haben;
- c) Ärzten, Tierärzten, Heilgehilfen, Krankenschwestern, Hebammen zur Ausübung ihres Berufs oder Dienstes;
- d) Beamten oder anderen im Dienste von staatlichen oder kommunalen Behörden stehenden Personen, sowie Militärpersonen zur Ausübung ihres Berufs oder Dienstes;
- e) solchen Personen, die infolge ihres körperlichen Zustandes (Hinken von Gliedmaßen, Lähmung usw.) auf die Benutzung eines Fahrrades (Dreirad, Selbstfahrer usw.) angewiesen sind.

Die Erlaubnis wird nur erteilt für den bei Erteilung der abgestempelten Radfahrkarte angegebenen Zweck. Die Benutzung der Radfahrkarte für andere Zwecke bleibt verboten.

Die Sammelstellen werden für die zur Ablieferung kommenden Fahrradbereifungen folgende Preise zahlen:

	Reife Schlauch	Reife Schlauch
Masse a sehr gut	4.00	3.00
„ b gut	3.00	2.00
„ c noch brauchbar	1.50	1.50
„ d unbrauchbar	0.50	0.25

Die Sammelstellen sind ermächtigt, gegen Empfangsscheinigungen auch Fahrradbereifungen anzunehmen, die unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Der Konsumverein für Wiesbaden und Umgegend eröffnet dieser Tage in dem Schellenbergischen Hause an der Ecke

der Dranen- und Rheinstraße eine weitere Warenverteilungsstelle.

Schneehühner für — reiche Leute. In den städtischen Schlachthäusern gab es dieser Tage Schneehühner zu kaufen, Stück um Stück 1.50 Mark gegen 3.50 Mark vor einigen Wochen. Doch die Wiesbadener erhielten von dem billigen Geflügel recht wenig, denn der weitaus größte Teil war entweder in die Hotelküchen getrieben oder an die — Mainzer verkauft, die früher aufgefunden waren als die Wiesbadener.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebstahl, 13. Juli. (Massenbelästigung.) Der Magistrat bringt folgendes zur Kenntnis der Einwohnerschaft: Es ist in Aussicht genommen, demnächst auch hier mit der Massenbelästigung vorzugehen. In dem Gebäude des Vereins „Volkshaus“ soll ein den Verhältnissen entsprechendes Mittagbrot zum Selbstkostenpreis abgegeben und Unentgeltlichen, wenn irgend möglich, auch noch ein Nacht auf diese Weise gewährt werden. Da mit durch diese Speisung nicht eine Bevorratung des einen gegen den anderen erfolgt, ist es notwendig, daß die Einwohner, welche von der Speisung Gebrauch machen wollen, auf einen Teil der Lebensmittel, auf die die Stadt sonst Bezugskarten verabschiedet, Verzicht leisten. Auch muß, damit die Küchenverwaltung in der Lage ist, die an jedem Tage voranschreitende benötigte Speisemenge zu besorgen und andererseits an einzelnen Tagen kein Essen übrig bleibt, der, welcher die Volkshäuser besuchen will, sich verpflichten, dies für die Dauer einer ganzen Woche zu tun. Auf diese Weise nimmt ein Jeder in der gleichen Weise an der fleischlosen wie fleischhaltigen Küche teil, wie z. B. an der Fleisch- und Fischkost. Der Preis für eine ganze Portion, ungefähr 1 Liter, Essen wird etwa höchstens 50 Pfennig betragen, aus halbe Portionen sollen abgegeben werden. Das Mittagessen kann entweder im Gebäude des Volkshauses selbst eingenommen oder auch nach Hause geholt werden. Um einen Lieberblick zu bekommen, wieviel Einzelpersonen und Familien von dieser Einrichtung Gebrauch machen werden und dazu die nötigen Vorbereitungen treffen zu können, ersuchen wir baldmöglichst schriftliche Anmeldung beim Magistrat einzureichen. — (Kriegsunterstützungen.) Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen findet am Samstag, d. 15. Juli, von 8—12.30 Uhr und nachm. von 3—5.30 Uhr im Rathause, für die Badstrassenbewohner dagegen nur von 3—6 Uhr im Polizeigebäude, Badstraße, in bisheriger Weise statt.

Winkel a. Rh., 13. Juli. (Kerz würdige Feilung.) Eine feilkame Feilung wird von hier berichtet. Im Schwesterhaus beim am Feldgraben, der draußen die Sprache verloren hatte, durch den bei dem Sturz von einer Treppe erlittenen Schreck das ganze Sprachvermögen wieder.

Aus den umliegenden Kreisen.

Kriegsbeihilfen an staatliche Beamte und ständige Bedienstete im Großherzogtum Hessen.

Das Großherzogliche Staatsministerium hat in einem Erlass vom 28. Juni 1916 sämtliche unterstellte Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß seit Herbst 1915 im Falle der Bedürftigkeit auf Antrag an staatliche Beamte und ständige beschäftigte Bedienstete, die einen eigenen Haushalt führen und ein oder mehrere Kinder unter 15 Jahren zu unterhalten haben, sofern deren Jahresdiensteinkommen nicht mehr als 2100 Mark beträgt, aus der Staatskasse Kriegsbeihilfen gewährt werden. Eine solche Bedürftigkeit wird regelmäßig dann angenommen, wenn der Beamte ein jährliches Gehalt bis zu 1700 Mark bezieht, ein oder mehrere Kinder unter 15 Jahren zu unterhalten hat und neben seinem Dienstseinkommen nennenswertes aus anderen Quellen fließendes Einkommen oder Vermögen nicht zur Verfügung steht. Die Kriegsbeihilfen betragen für Beamte und Bedienstete mit einem Jahresdiensteinkommen bis 1700 Mark einschließlich jährlich 100 Mark und 20 Mark für jedes Kind unter 15 Jahren und für Beamte mit einem Einkommen von über 1700 Mark bis 2100 Mark einschließlich jährlich 60 Mark und 20 Mark für jedes Kind der vorerwähnten Art. Beim Vorliegen besonderer Bedürftigkeit sind Ausnahmen zulässig. Gesuche um

Beihilfe sind an den Vorstand der Behörde zu richten; alle Gesuche werden streng vertraulich behandelt.

Sollten einzelne Beamte oder Bedienstete, die nach Ansicht des Amtsvorstandes einer Beihilfe innerhalb der Richtlinien bedürftig erscheinen und sich trotzdem zur Einreichung eines Gesuches nicht entschließen können, so hat dies von Amts wegen seitens der Behörde Amtsvorstände zur erfolgen. Jedem Gesuch ist ein vorgeschriebener Fragebogen beizufügen. In diesem werden Angaben über Einkommen aus Kapitalgütern, aus anderem Erwerb und über Höhe der Schulden usw. gefordert. Auch über Einkommen und Vermögen der außerhalb des Haushaltes des Beamten lebenden Familienmitglieder (Kinder, Eltern, Schwiegereltern) wird Auskunft verlangt. Durchweg sind doch bekanntlich Beamten, abgesehen von den dienstlichen Nebenbefugnissen, Nebenbeschäftigungen jeder Art außerhalb des Dienstes verboten und Schuldenmachen streng verpönt. Eine gewisse Rücksichtnahme in den beteiligten Beamtenkreisen ist daher leicht erklärlich. Was die Einkommen- und Vermögensverhältnisse der Kinder, Eltern und Schwiegereltern bei Gewährung einer Beihilfe den Kriegsbeihilfe mitzuteilen sollen, ist manchem Beamten unklar. Die überwiegende Zahl der Bevölkerung vertritt aber im Allgemeinen den Standpunkt, wie ein mit Kindern unter 15 Jahren gesegneter Beamter selbst mit einem Jahresseinkommen bis zu 2100 Mark in der gegenwärtigen Zeit, selbst bei Gewährung der staatlichen Kriegsbeihilfe, auskommen kann. Dieses Problem kann wohl einigermaßen auf dem Lande gelöst werden, in einer Stadt jedenfalls nicht.

Griesheim, 14. Juli. (Eine abgefeuerte Gemeindevorsteherwahl.) Auf Antrag von sieben Gemeindevorsteherwahlkommissionen sollte am heutigen Freitag eine Sitzung der Gemeindevorsteherwahlkommission stattfinden, die sich mit der Kartoffelbeschaffung für die Gemeinde Griesheim befaßte und gewissermaßen als Probe für die Beschaffung des Höchstpreises durch den Kreis auszusuchen sollte. Dem Bürgermeister Wolff, sowie der Kreislandwirtschaftsamt war es gelungen, einige tausend Zentner Kartoffeln zu beschaffen und zwar zum Preise von 0.50 Mark pro Zentner. Diese Lieferungen waren vertraglich festgelegt und sollten in den ersten Tagen des Monats Juli beginnen. Die Genehmigung, den Einwohnern mit einem einigermaßen annehmbaren Preis Kartoffeln besorgt zu haben, sollte nicht lange bestehen, da bekanntlich der Kreisverkauf des Höchstpreises am letzten Freitag den Höchstpreis auf 12 Mark pro Zentner festsetzte, die Kartoffeln beschlagnahmte und somit die abgekauften Bezüge der Gemeinde Griesheim für null und nichtig erklärte. Wie uns mitgeteilt wird, soll sich Bürgermeister Wolff in dieser Kreisversammlung mit aller Kraft gegen diesen Höchstpreis gewandt haben, er war aber gegen die Großbauern der Umgegend, die die Mehrheit in dieser Versammlung haben, ohnmächtig. Bei den von der Gemeinde bestellten 3000 Zentnern war das ein Preis unter 12 Mark von 7500 Mark. Aus diesem Grunde haben sich die Arbeitervereine veranlaßt, gegen diesen Höchstpreis zu protestieren und eine öffentliche Gemeindevorsteherwahl zu beantragen. Der Herr Landrat scheint sich mittlerweile begeben zu haben, denn nach Mitteilung, die uns zugehen, soll jetzt der Höchstpreis auf 10 Mark beziehungsweise 8.50 Mark festgesetzt worden sein. Welchen Einflüssen die Herabsetzung der Höchstpreise zuzuschreiben ist, wissen wir nicht, immerhin kommt die Erkenntnis noch früh genug, wenn auch die heutige Gemeindevorsteherwahl bedeutungslos geworden ist.

Ried, 12. Juli. (Besserer Feldschutz.) Um den Früchten in Feld und Garten einen besseren Schutz gegen diebstahlische Eingriffe zu gewähren, fordert der Bürgermeister alle männlichen Einwohner von über 17 Jahren auf, sich in die Riste der Feldwachmannschaften einzutragen zu lassen.

Bad-Kauheim, 13. Juli. (Hartes Urteil.) Die Giesener Strafkammer verurteilte den Kupferschmied Berg zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Berg hatte vor einigen Monaten das unbewohnte Hotel „Kaiserhof“ fast völlig ausgeplündert. Zwei Hotelbedienten, die ihm Hilfe geleistet hatten, erhielten je drei Tage Haft. Seine Frau wurde wegen Geisteskrankheit zu vier, seine Mutter zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Schlachten, 13. Juli. (Billige Eier.) Gibt es im hiesigen Kreise auf Anordnung des Kreislandwirtschaftsamts, der Erzeuger darf nicht mehr als 15 Pfennig für das Stück fordern und der

Kleines Genilleton.

Die badischen Eier-Musikanten.

In D. in Baden (ob's nicht Durlach bei Karlsruhe war?) Me d.) bestanden für Eier Höchstpreise und Ausfuhrverbot, und da die haben Hühner rechtlich wader legen und so der Segen sichtbarlich sich mehrte, während der Höchstpreis jeglicher steigenden Tendenz beharrlich abgeneigt blieb, so drohte in dem Städtchen, im Gegensatz zur nachbarlichen Großstadt, eine „Leber-Eiernal“. Es begab sich aber, wie der „Frankf. Rg.“ launig berichtet wird, daß die Stadtkapelle aus der benachbarten Großstadt eine künstlerische Mission zu erfüllen hatte und sie zog hinaus und feierte abends beim, fidel und munter, Geld im Beutel und ein fröhliches Zwinkern im Auge. Das wiederholte sich dann jede Woche drei- oder viermal: Die Musikanten des Städtchens besaßen zu gefallen, denn während früher das Schützenfest in der Großstadt der einzige Anlaß gewesen, der die Kapelle einmal jährlich in die Ferne getrieben, schien jetzt die ländliche Bescheidenheit in der Kunst draußen in der großen Welt zu triumphieren. Der Kapellmeister schmürzte immer fröhlicher, die Musikanten strahlten und die Kunst erlebte glückliche Tage. Nur einer im Städtchen schmürzte und strahlte nicht: Und das war der Bendorf, der die wöchentlich viermaligen „Tournees“ der Stadtmusikanten anormal und demagogisch verdächtig fand. Und eines schönen Morgens, als die Musikanten sich abermals zahllos auf dem Bahnhof zur Fahrt nach der Stadt versammelt hatten, erschien der Bendorf, um den Bah und die Trommel, die Hörner und den Notenkasten sich einmal anzuhören. Fremde die Abwehr und erschrockener Protest fruchteten nicht: Der Mann mit der Widelhaube blieb unerbittlich. Und siehe da: Der Bah und die Trommel, das Waldhorn und die Klarinette, das Horn und der Notenkasten... alles legte Eier! Die Kapelle hatte bei ihren „Kunstfahrten“ zur Stadt regelmäßig 800 Eier „verfrachtet“ und da der Preis in der Stadt den Höchstpreis dabei um 10 Pfennig für das Stück überstieg, machte sich die „Tournée“ rechtlich bezahlt. Der künstlerische Ruf der Kapelle ist allerdings seitdem ein Fragezeichen, und da sie den Städtchen zwar keine Kunst, aber doch Eier gebracht, nennt man sie weit in der Gegend die „Eier-Musikanten“.

Farnjähliche Jugend.

Von der Front schreibt uns unser Kriegsberichterstatter Dr. Müller: Gestern wanderte ich mit dem Vorpostenkommando auf die südliche Anhöhe des Dorfes, wo man die Rauchfahnen der großen Schlacht sieht. Hinter der „Japanischen Tanne“ kamen wir auf lange Weizenfelder, die der Kommandant angelegt hatte. Er ergabte von den Dörfern Wäldchen. Wir kamen auf eine Wiese. Hier pflügte ein zehnjähriges Mädchen Gras für seine Biene. Das Mädchen war zutraulich zu dem Kommandanten und sagte: „Man sollte meinen, dieser Herr da sein ein Herr in Zivil?“ — „Gewiß, meine Kleine.“ — „Was will er hier?“ — Der Kommandant wurde verlegen — dann machte er einen Scherz: „Dies ist der Mann, der den Frieden bringt.“ — Die Kleine sah mich halb entsezt, halb misstrauisch an — einen Augenblick schien sie erregt nachzudenken — dann lachte sie und schnitt ihren roten Alee weiter: „Was glauben Sie, mein Herr, — ich bin 10 Jahre alt!“

Gartengewinnung in Polen.

Terpentinöl und Gars sind Dinge, die wir bisher vom Ausland bezogen haben, obwohl wir auch aus den heimischen Wäldern beide in ausreichender Menge gewinnen können. Nun haben die Mittelmächte gerade diejenigen Gebiete Polens und Rußlands besetzt, in denen die Gartengewinnung von jeher heimisch war, und so dürfte ein Aufschwung, den Hermann Schelenz (Kassel) in dem neuesten Heft des Organs des Vereins deutscher Chemiker über Terpentinöl- und Gartengewinnung in Polen nicht nur dem Fachmann Belehrung bringen, sondern auch den Laien interessieren, zumal er manche geschichtliche Angaben enthält. Terpentinöl und Gars werden bekanntlich durch Anzapfen der Nadelbäume gewonnen, das Schelenz mit dem Meilen der Sägerie vergleicht; in beiden Fällen wird ohne Schaden für Pflanze oder Tier ein vollwirtschaftlich wertvolles Produkt gewonnen. Man nimmt vielfach an, daß Terpentinöl zuerst im Kaukasusgebiet gewonnen wurde, was jedoch irrig sein dürfte. In Frankreich verwandelte man gefundene Bäume, die Verletzungen aufwiesen, die nur auf Verwundung, Gars abzapfen, zurückgeführt werden können, so deutet dies nach Schelenz auf ein so hohes Alter einer immerhin auch auf Gargewinnung ausgehenden Arbeit, daß diese gegen die Ursprung der Erfindung im Kaukasus spricht. Ueberspringen wir Jahrtausende und wenden uns vom Kaukasus nach Weimar, dann finden wir, daß der Staatsminister von Goethe dem „Holzscharten“ zu berichten weiß, von dem Ansehen der Stämme wurde Gewinnung von Gars, Koch

vor wenigen Jahrzehnten gehörte der Schmolarz, der mit einem hoch Schmierter hausende Lechändler, in Deutschland zu den fahrenden Gesellen, die man auf Wegen und Stegen antraf. Zum guten Teil mögen sie von jenseits der Grenze nach Polen und Schlesien eingedrungen sein. Immer seltener sind die fahrenden Händler geworden, die Wissenschaft hat den Schmolarz verdrängt. Auf die Beschreibung der einzelnen Anlagen in Polen näher einzugehen, wäre hier zwecklos; alle sind geradezu unwürdig und sind auf einer unteren Stufe stehen geblieben. Immer sind die Ausbeuten beträchtlich gewesen, konnten aber als Bestand zweier solcher Anlagen nicht weniger als 15 000 Liter Öl, 40 Doppelzentner Teer und 20 Doppelzentner Pech beschlagnahmt werden. „Polnische“ oder richtiger russische Wirtschaft allein erklärt, daß von einem wirklich großzügigen allgemeinen Betrieb nicht die Rede war, daß die Bäume nicht gezwungen wurden, ihren Garsreichtum lange Zeit herzugeben. Dabei soll nach einer Mitteilung, die Schelenz von einem Forstbeamten erhielt, in Russland allein ein Garsbestand stehen, der dem von ganz Deutschland gleichkommt. Wie es deutschen Reich und deutscher Wissenschaft gelang, in Loba und der Umgebung blühenden Weidewirtschaft ins Leben zu rufen, so muß es gelingen, auch auf diesem Gebiet bahnbrechend zu wirken.

Nordamerikanische Schauspielergewerkschaft.

In der Juninummer der New Yorker Zeitschrift „The Masses“ wird mitgeteilt, daß die New Yorker Sektion des „Verbandes zur Wahrung der Rechte der Schauspieler“ fast einstimmig beschlossen hat, diesen Verband in einen gewerkschaftlichen mit Anschließ an die gewerkschaftliche Landesorganisation umzuwandeln. Gleiche Beschlüsse sind von mehreren anderen Sektionen, wie z. B. in Los Angeles, Chicago, Philadelphia und Boston gefaßt worden. Die endgültige Entscheidung soll beim nächsten Kongresse des Schauspielerverbandes getroffen werden. Die New Yorker Sektion faßte ihren Beschluß in einer Versammlung, die sich einer Aufführung von „Don Juan“ „Die Weber“, wozu alle Schauspieler der Stadt geladen waren, anschloß. In einer der Pausen hielt ein Vorstandsmitglied eine Agitationsrede und in der nachher abgehaltenen Versammlung sprach der Führer des gewerkschaftlichen Bühnenarbeitervereins und wies auf die große Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation hin.

Wiederverkäufer vom Verbraucher nicht mehr als 17 Pfennig. — Wenn nur Eier zu haben wären!

Genau, 14. Juli. (Unentgeltliche Abgabe von Pflanzen an Kriegsfrauen.) Von Montag den 17. Juli ab erfolgt wiederum wie früher die unentgeltliche Abgabe von Pflanzen an die Ehefrauen der Kriegsteilnehmer. Die Ausgabe erfolgt in der Stadtgärtnerei (früher Holzschuh), Gaisstraße, und zwar Dienstags, Donnerstags und Samstags jeder Woche, nachmittags von 3 bis 7 Uhr. Ausgegeben werden Rosen, Geranien, und Erdbeerpflanzen. Der Kriegsunterstützungsausweis ist mitzubringen, im übrigen gelten die früheren Abgabebedingungen.

Genau, 14. Juli. (5 Kürbislörner 25 Pfennig.) Wir haben den Lesern unseres Blattes bereits in einem Bericht aus der Kreisprüfstelle mitgeteilt, daß ein hiesiger Händler sich für 5 Kürbislörner 25 Pfennig zahlen ließ. Die Sache kam zur Anzeige, und der Samenhandler Alex. Kleis erhielt einen richterlichen Strafbefehl in der Höhe von 150 Mark bzw. 30 Tage Gefängnis. Wegen des Strafbefehls erhob Kleis Einspruch, so daß sich die Schöffen noch einmal mit der Sache zu beschäftigen hatten. Die Kreisprüfstelle in Berlin bestätigte die Auffassung, daß hier eine außerordentliche Preissteigerung vorliege, und auch die Schöffen waren dieser Auffassung. Sie setzten aber die Strafe auf 50 Mark herunter, weil Kleis noch unbescholten war.

Genau, 14. Juli. (Aus der Stadtkommission.) In geheimer Sitzung beschloß die Stadtkommission die Ernennung des Admirals Scheer zum Ehrenbürger der Stadt Genau. Weiter wurde der Anstellung einer juristischen Hilfskraft zugestimmt. Für Schulkinderferien-Fürsorge wurden in öffentlicher Sitzung 1000 Mark zur Verfügung gestellt. Das ist sehr erfreulich, wurde doch in dieser Beziehung in Genau bisher recht wenig geleistet. Es sind Ferienausflüge geplant, bei denen die Kinder beschäftigt werden sollen, ferner Kinderspiele und gemeinschaftliches Baden im Main usw. Eine sehr unsoziale Auffassung bekundete der Finanzausschuß bei der Magistratsvorlage bezüglich Übernahme der Krankenhäuserkosten im Betrage von 136.25 Mark in der Unfallsache einer Wittelschülerin. Das Kind erlitt am 19. September 1913 während der Turnstunde in der Mädchenschule beim Seilspringen einen Unfall, indem es auf den rechten Arm fiel. Das Mädchen kann heute den Arm noch nicht wieder gebrauchen. Der Vater wurde im Alagewege mit seinen Regressansprüchen abgewiesen, er hat nun, die Stadt möge doch wenigstens die Krankenhäuserkosten übernehmen. Der Magistrat beschloß dem entsprechend und betonte, daß auch eine Verpflichtung zur Zahlung nach Lage der Sache vorhanden sei. Der Finanzausschuß wollte nur 100 Mark bewilligen. Dieses Verhalten wurde vom Genossen Hoch in treffender Weise gekennzeichnet. Nachdem Bürgermeister Hild ebenfalls dafür eingetreten war, wurde der Antrag auch angenommen. Eine längere Debatte entspann sich über die Magistratsvorlage betreffend Abschluß eines Vertrages mit der Deutschen Dunlop-Gummi-Kompagnie A.-G. bezüglich Errichtung von Fachklassen in der Kaufmännischen Fortbildungsschule für die Angestellten dieser Firma. Seit dem 1. April war probeweise den hiesigen kaufmännischen Unterrichtsanstalten eine Fachklasse der Deutschen Dunlop-Gummi-Kompagnie angegliedert. Fortbildungsschulpflichtige Lehrlinge des Unternehmens müssen, andere Angestellte können die Schule besuchen. Alle Kosten trägt die Deutsche Dunlop-Gummi-Kompagnie. Es besuchten bisher 38 Schüler diese Fachklasse. Geleitet wird hier Warenkunde, Fabrikationskunde und abschließender Chemie- und Physikunterricht. Mit diesem Probewerkejahr hatte man gute Erfolge erzielt; die Sache soll deshalb auf ein Jahr weiter fortgesetzt werden. Wegen dieser Errichtung von Fachklassen machten ganz auffälligerweise die hiesigen Bijouteriefabrikanten, Großkaufleute und der Vertreter der nationalen Handlungsgehilfen Gerhard Front. Nachen und Schreiben sei die Hauptsache für die jungen Leute, im übrigen solle alles beim alten bleiben. Die Dunlop-Fabrik möge in ihrem eignen Betrieb und auf ihre Kosten Fachklassen errichten, möge damit aber der kaufmännischen Fortbildungsschule fernbleiben. Wegen das nur zu begrüßende Projekt wandten alle ihre Vereinskraft auf: die Stadtverordneten Koburger, Bernges, Deines, Ohl, Müller, Dr. Ambrosius und der Handlungsgehilfenvertreter Gerhard II. In warmer Weise beantworteten das Projekt Bürgermeister Hild, Stadtverordnetenvorsteher Hilt, die Stadtverordneten Dr. Kuchbaum, Wolf, Dr. Wagner und Koch. Mit Recht führte Genosse Hoch aus, daß die Herren Gegner die Entwicklung nicht aufhalten könnten. Die Vorlage wurde darauf mit 18 Stimmen zum großen Kerger des Herrn Koburger angenommen. In der Minderheit als Gegner blieben die Stadtverordneten Ohl, Müller, Schleicher, Koburger, Deines, Roße, Kämmerer, Witzner, Bernges, Dr. Ambrosius und Gerhard. Angenommen wurde noch eine Anzahl rein geschäftlicher Vorlagen.

Aus Frankfurt a. M.

Das Ergebnis der Volksstunde. Die am 1. und 2. Juli d. J. stattgehabte Straßenkommission zu Gunsten der Volksstunde für die deutschen Kriegs- und Hilfsgelungen hat ein außerordentlich erfreuliches Ergebnis gebracht. Es sind insgesamt 72 525.81 Mark eingegangen.

Himmelsbundes Frau Eisa Bauer, die Vorsitzende des Frankfurter Mütterbundes. Die Rednerin gab einen ausführlichen Überblick über die Arbeiten und Erfolge während des Krieges. Trotz großer Schwierigkeiten wurde das neue Heim an der Eichenheimer Landstraße 80 eröffnet und unzähligen Müttern zur Durchführung ihrer Redaktionsarbeiten verholfen. Die Beratungsstelle wurde 14 314 mal in Anspruch genommen. Davon waren zwei Drittel Kriegsteilnehmerinnen. Im Heim des Frankfurter Mütterbundes fanden 1207 Mütter mit ihren Kindern und 1004 Schwangere Aufnahme. In dem vom Nationalen Frauenbund unterhaltenen Tagesheim wurden schwangere Frauen untergebracht und ihnen Unterricht im Nähen, Kochen usw. erteilt. Der größte Erfolg war die Errichtung des Mütterheims, in dem 10 Mütter mit ihren Kindern aufgenommen werden können. Tags über werden die Kinder dort versorgt, so daß die Mütter ihrem Erwerbe nachzugehen in der Lage sind. Der Mütterbund arbeitet Hand in Hand mit der Frankfurter Ortsanfangs- und der Universitätsfrauenvereine. Die in Pflege gegebenen Kinder werden durch eine besonders dafür eingesetzte Kommission überwacht. Das höchste Ziel der Mütterbewegung ist das Band zwischen Mutter und Kind fester zu knüpfen und dadurch manche Frau vor dem Sinken zu bewahren.

Selbsthilfe gegenüber Hühner- und Kaninchenzüchtern. Schon in Friedenszeiten kam es hier und da vor, daß dem Stalle eines Hühner- oder Kaninchenzüchters ein nächtlicher Besuch abgepflegt wurde, der nicht ohne Folgen blieb. Das war dem Betroffenen persönlich sehr unangenehm, aber die Mitwelt nahm keinen besonderen Anteil an dem Mißgeschick. Selbst wenn einem armen Teufel einmal die Kartoffeln auf seinem mit großer Mühe bearbeiteten Acker einer „Nachprüfung“ unterzogen wurden, war das zwar ärgerlich, aber schließlich tröstete er sich damit, daß für ihn noch genug stehen blieb. Solcher „Mißgeschick“ wurde also nicht so tragisch genommen. Anders verhält es sich mit den Kanarienvögeln, die in den letzten Monaten von einer Anzahl junger Züchterinnen systematisch ausgeführt werden. Kammerlinden werden die Hühner der Kleingärten in der Niederwaldkolonie heimgeführt. Die Bewohner der Kolonie, meist arme Schüler, Kriegsinvaliden und Kriegsfrauen, haben sich — um der größten Not ein klein wenig zu wehren — in ihren Ge-

müßigsten Stallungen gebaut, in denen Hühner und besonders Kaninchen gezüchtet werden. Diese armen Teufel sind als Opfer von den Vogelhändlern und Züchtern ausgesetzt. Fast jede Nacht paßiert etwas anderes; die Leute im Niederwald kommen aus der Aufregung nicht heraus. Raum mag man sich, nachts ohne Schutz den Heimweg aus der Stadt anzutreten. Die Polizei versagt, auch die Feldhühner haben die Aere, die in den erbrochenen Ställen wie die Banditen haufen, noch nicht fassen können. Was ist da zu tun? Wir wir hören, haben die Mitglieder des Kleingartenbauvereins den Entschluß gefaßt, zu wachen und sich gegenseitig in der Nachtwache abzulösen. Mit guten Gründen wollen sie zu bestimmten Stunden das Revier durchgehen und von dem Recht der Selbsthilfe in weitem Umfang ohne weiteres Gebrauch machen, wenn irgend ein Unberufener auf den Kleingartenfeldern, in den Gärten oder an Hühnerhöfen zu schaffen macht. Wenn so ein Vorfall dann mal eine Schrottladung erhält, wird er das Wiederkommen schon lassen. Weil die Einbrüche immer frecher ausgeführt werden, hat sich die Gut und Erbitterung der Niederwaldbewohner erheblich gesteigert. Uns soll es nicht wundern, wenn in den nächsten Tagen einer von den jungen arbeitsscheuen Züchtern, die sogar das Fahrrad zu ihrem leichtesten Handwerk benutzen, einen Denkgeld für ganze Leben erhält. Schließlich wäre der Feldpolizei zu empfehlen, einen Erlaß herauszugeben, nach welchem dem Publikum verboten wird, nach 10 Uhr abends auf Feldern oder in Gärten sich aufzuhalten. Auch könnten in bestimmten Nachtstunden die Feldwachen verstärkt werden, damit dem Gefindel das Rauben und Plündern unterbunden wird.

Verweigerung von Milch. Die Milchhändlerin Anna Schimpf, Mainzer Landstraße, hat sich geweigert, eine Frau, die einen Bezugsschein auf einen Liter Vollmilch hatte, in ihre Kundenliste aufnehmen und ihr Milch abzugeben, obwohl sie nach Vollmilch zur freien Verfügung hatte. Sie wurde vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 25 Mark verurteilt.

Sportliche Veranstaltungen.

Tour. B. „Die Naturfreunde“, D.-G. Frankfurt a. M. Sonntag gemeinsames Wandern nach der Schühlschleife. Dort gemütliches Auskommen bei Gefangenvorträgen. Abfahrt 8.55, 7.11 und 7.55 Uhr nach Oberursel.

Freie Turnerschaft Bodenheim. Sonntag Gruppenturnstunde auf dem Turnplatz. Abfahrt 2 Uhr nachmittags.

Kab. Radfahrer-Bund „Solidarität“, Sektion Weiden. Sonntag Familienausflug nach Domburg—Saalburg—Rappertshausen. Abfahrt 7.11 Uhr Hauptbahnhof.

Briefkasten der Redaktion.

E. D., Frankfurt. Das Gebot eignet sich besser für ein evangelisches oder katholisches Blatt, wie für die „Volksstimme“. Es steht zu Ihrer Verfügung, wenn Sie uns Ihre genaue Adresse angeben.

Neues aus aller Welt.

Die Vorgesur verhängte der stellvertretende kommandierende General des 14. Armeekorps in Karlsruhe, Freiherr von Montecassel, über das in Offenburg im Verlage von Genossen Ad. Gied erscheinende Wochenblatt „Der alte Offenburger“, Zeitschrift der Heimatfreunde für die Offenburger in der Nähe und Ferne. Als am Samstag das „Spießbürgerblattchen“ nicht erschien, war man in Offenburg sehr verwundert, weil es seiner ganzen Tendenz nach absolut nichts Revolutionäres an sich hat und mehr der lokalen Unterhaltung dient. Der Grund zur Verhängung der Vorgesur soll ein Artikel gegen eine von der Offenburger Polizei verübte fahrlässige Schandlung sein, die für einen Wirt eine Geschäftsschädigung herbeiführte. Um das Erscheinen einer Fortsetzung der Kritik zu verhindern, wurde einfach die Vorgesur verhängt.

Ein gefährlicher Fund. In Margreid im Elbtale bei Bogen fanden spielende Kinder eine Sandgranate, die explodierte. Eine Frau und zwei Kinder wurden getötet, zwei andere Kinder schwer verletzt.

Verheerende Brände. Nach Meldungen aus Venedig ist auf dem Lido eine Feuersbrunst ausgebrochen, der bereits das große Hotel Des Bains zum Opfer gefallen ist. In Treviso Balneario bei Bergamo wurde eine Spinnerei gleichfalls durch Feuer vernichtet. Der Schaden übersteigt 250 000 Lire. — In der großen Farbenfabrik von Dufour in Marseille brach ein Großfeuer aus, durch das die Fabrikanlage sowie das Warenlager vollständig zerstört wurden.

Eisenbahnerstreik in Spanien.

Nach Meldungen der französischen Depeschagentur aus Madrid vom 13. Juli dauert der Ausstand der Eisenbahnangestellten an. Der Betrieb wird teilweise aufrechterhalten. Hunderte von Eisenbahnangestellten sind eingezogen oder verhaftet worden. Es verlautet, daß die Kommanden verweigert werden. Der König ist heute von seinem Landstift zurückgekehrt. Die Zivil- und Militärbehörden hielten heute vormittags eine Beratung ab. Die Regierung hat über die Stadt und die Provinz Madrid das Kriegsrecht verhängt. Man verhandelte wiederholt mit Vertretern der Arbeiterschaft, die aber jede Verständigung ablehnten. Die Regierung will auf das Exekutivgesetz gegen die Unruhestifter vorgehen. Allgemein erscheint die Lage sehr ungünstig. In Barcelona kam es zu Ausschreitungen ausländergeger Arbeiterinnen gegen Arbeitswillige, auch erfolglos Angriffe gegen Fabriken. Die Garisolen mehrerer Städte, besonders von Madrid, sind verstärkt worden. In Bilbao ist der Ausstand der Metallarbeiter durch Gewährung ihrer Forderungen angeblich beigelegt.

Telegramme.

Englischer Heeresbericht von der Somme.

London, 13. Juli. (W. A. Reichsamtlich.) Die gegenseitige Artilleriekämpfe hielten den ganzen Tag an. Das Ergebnis der schweren Artilleriekämpfe bestand darin, daß wir den feindlichen Druck nicht nur aushielten, sondern unsere Linien an verschiedenen Punkten wesentlich vorrücken. Wir erbeuteten einige deutsche Panzer und Munition, die gegen den Feind verwendet wurde.

Vom Luftkrieg.

Berlin, 13. Juli. (Antisch.) Nach den amtlichen Berichten unserer Gegner sollen im Monat Juni 1916 durch französische Flieger und Abwehrmittel 15 deutsche Flugzeuge, durch die englischen 14 deutsche Flugzeuge auf der Westfront zum Absturz gebracht sein. Im Gegensatz hierzu hat die Deutsche Oberste Heeresleitung im Tagesbericht vom 7. ds. Mts. gemeldet, daß im Laufe des Monats Juni im Ganzen 7 deutsche Flugzeuge im Luftkampf, durch Abschuss von der Erde oder als vermißt verloren gegangen sind. Der Zweck der falschen Angaben unserer Gegner ist klar. Sie sollen der eigenen Bevölkerung und dem neutralen Ausland die Überlegenheit der englisch-französischen Luftstreitkräfte vorführen. Wie es in Wirklichkeit damit bestellt ist, geht daraus hervor, daß im Monat Juni an der Westfront unsere Flieger und Abwehrmittel 27 französische und englische Flugzeuge vernichtet oder an der Küste in den Häfen verbrannt haben; 22 von ihnen befinden sich in unserem Besitz. Da anzunehmen ist, daß unsere Gegner, wie bisher, uns auch diesen Erfolg streitig machen wer-

den, werden die Namen der Besatzungen und die militärischen Bezeichnungen der im Laufe des Juni von uns abgeschossenen und erbeuteten Flugzeuge angegeben. Es wird dabei ausdrücklich hervorgehoben, daß auch an der Vernichtung der anderen in der Zahl 27 einbegriffenen feindlichen Flugzeuge ein Zweifel nicht bestehen kann. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß unter den genannten Flugzeugen keines der vor dem 1. Juni abgeschossenen, auch keines der zahlreichen nach dem 30. Juni in unsere Hände gefallenen Flugzeuge sich befindet. Auch sind in dieser Liste die auf den übrigen europäischen und außer-europäischen Kriegsschauplätzen von uns außer Gesicht gefegten englischen und französischen Flugzeuge nicht enthalten. Es wäre von außerordentlichem Interesse, wenn unsere Gegner ihrerseits die Liste der von ihnen abgeschossenen und erbeuteten deutschen Flugzeuge veröffentlichten würden.

Gewerkschaften und Frieden.

London, 14. Juli. Auf der internationalen Konferenz in Leeds wurde einstimmig die Verlegung des Internationalen Bureau von Berlin nach der Schweiz, und zwar in deren neutralste Stadt — Genf — gefordert. (Welche Reduktion! Red.) Der amerikanische Vorschlag, einen Gewerkschaftskongress am selben Ort und zur selben Zeit wie die Friedenskonferenz abzuhalten, wurde zurückgewiesen. Der Vorschlag der Franzosen, die Freiheit der Meere zu proklamieren, wurde von den Engländern zurückgewiesen. (Danach scheint die Konferenz eine Vereinigung von argen Konfusionsarten gewesen zu sein! Red.)

Bekanntmachung.

Der Herr Regierungspräsident zu Wiesbaden hat auf unseren Antrag durch Verfügung vom 7. Juli 1916 — Pr. I 4 G 3210 — genehmigt, daß vorläufig auf die Dauer von zwei Monaten zum Roggenbrot 20% Weizenmehl zugegeben wird. Die Bäder und Brotfabriken sind hiernach verpflichtet, den jetzt ab bis auf weiteres nach der vorstehenden Anordnung zu backen.

In Rücksicht auf die augenblicklich knappen Bestände an Weizenmehl hat die Reichsgetreidestelle zur Streckung des Brotmehls Weizenbrot zur Verfügung gestellt. Vom 14. d. Mts. ab haben die Bäder und Brotfabriken die gesetzlich vorgeschriebene Streckung von 10% mit Weizenbrot vorzunehmen. Wiesbaden, den 12. Juli 1916.

Der Magistrat.

Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend

E. G. m. b. H.

Bureau und Zentrallager: Göbenstraße 17. — Tel. 489, 490 u. 6140.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Schmierseifen-Ersatz

per Pfund 60 Pfg.

Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!

Jourdan, Wiesbaden,

Michelsberg, Ecke Schwalbacherstrasse.

Alte Bezugsquelle, solide Schuhwaren zu billigen Preisen zu kaufen. Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Schuhwarenhhaus.

Großes Lager aller Sorten Schuhwaren in guter Qualität zu billigen Preisen. Anfertigung nach Maß. — Reparaturen gut und billig.

Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Ihr eigener Schaden

ist es, wenn Sie bei den teuren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, billig einzukaufen.

Schuhhaus DEUSER

Wiesbaden, Bleichstrasse 5

neben Hotel Vater Rhein.

Rothschild Arbeiterkleider-Magazin

Wellritzstr. 18 Fernspr. 2147 empfiehl. W. 1228

Schlosser-Anzüge

Stärke Leder- und Mandfester-Hosen

Die besten Arbeitshemden

Leichte Sommer- sowie Berufskleidung jeder Art.

Bekannt gute Qualitäten. Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden u. Umgegend.

Kriegskarten-Atlas

enthaltend 10 Karten der verschiedenen Kriegsschauplätze. Großes Maßstab, vollständig. Preis Mark 1.50. (Voris 10 Wg.)

Preiskarte

Preis Mark 1.50. (Voris 10 Wg.)

Buchhandl. Volksstimme Frankfurt a. M. Großer Ofenbach 17.